

## **99. Vollversammlung**

***Sitzung am 17.02.2017***

***Beschluss Nr. 7.6***

### ***Gegen Populismus, gegen Rechtsextremismus***

Der Landesjugendring Saar lehnt generell demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft ab. Für die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings Saar mit ihrem satzungsgemäßen Anspruch, selbstorganisierte und eigenverantwortliche Jugendarbeit zu gestalten, ist es eine Selbstverständlichkeit für eine offene, tolerante, demokratische, gleichberechtigte, solidarische, inklusive, gewaltfreie und friedliebende Gesellschaft einzutreten und diese zu fördern. Der Landesjugendring Saar positioniert sich gegen jede Form von antidemokratischen Tendenzen und wirkt rassistischen Strömungen und Diskriminierung entgegen.

Wir nehmen wahr, dass rechter Populismus sich immer stärker etabliert und zunehmend gesellschaftsfähiger erscheint, auch für die Vertretenden demokratischer Parteien. Die parlamentarische Demokratie wird in ihren Lösungskompetenzen stark kritisiert und in Zweifel gezogen. Dabei werden die Ängste und Verunsicherungen von Menschen, die globale Zusammenhänge als immer komplexer wahrnehmen, genutzt, um mit plakativen Äußerungen und scheinbar einfachen Lösungsvorschlägen breite Gesellschaftsschichten zu erreichen.

Wir nehmen wahr, dass diese Vorgänge nicht auf eine einzelne Partei zu reduzieren sind und dass dieses Gedankengut von vielen Menschen in unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten geteilt und verbreitet wird.

Daher fordern wir die Politik auf, Aufklärung und Prävention flächendeckend zu betreiben und zu unterstützen. Insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit, die auf Mitbestimmung, Geschlechtergerechtigkeit und Nicht-Diskriminierung ausgerichtet ist, dient als wesentliche und anerkanntermaßen effektive Maßnahme, sie muss entsprechend ausgestattet und gefördert werden. Besonderes Augenmerk muss dabei auf den Erhalt, die Stärkung und Ausbau bestehender Initiativen (NDC, „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“, Gedenkstättenfahrten, selbstverwaltete Jugendarbeit etc.) gerichtet werden.

Diese Projekte und Aktivitäten sind von Bund und Ländern in Zukunft noch stärker als bisher ideell und finanziell zu fördern. Darüber hinaus sind die Themen Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus und Populismus in den regulären Schulunterricht einzubinden.

Wir fordern von PolitikerInnen der demokratischen Parteien, dass sie sich konsequent von populistischen Äußerungen distanzieren, und dies in der eigenen Rhetorik auch und gerade vor dem Hintergrund von Wahlprognosen und -analysen umsetzen. Rechtspopulistische Diskurse gefährden das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft nachhaltig. Stattdessen fordern wir eine inhaltliche Auseinandersetzung in angemessener, niveauvoller Sprache.

Angesichts dieser Herausforderung bekennen sich der Landesjugendring Saar und seine Mitgliedsverbände nochmals und ausdrücklich zu folgenden Grundsätzen:

- Die unveräußerlichen Grundrechte (GG) gelten ausnahmslos und gleichermaßen für alle Menschen in Deutschland. Jede Einschränkung von Menschen- und Persönlichkeitsrechten – und sei es nur zeitweise – ist abzulehnen.
- Die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Anerkennung jeglicher sexueller Identitäten ist uns selbstverständlich. Jede Form von Diskriminierung ist abzulehnen.
- Alle Religionen und Kulturen sind in ihrer Verschiedenheit wertzuschätzen und zu achten. Wir plädieren für eine offene Gesellschaft.

- Wir stehen zur Idee eines starken Europas, in der der Friedensgedanke und die gemeinsame Lösung gesamteuropäischer Probleme im Vordergrund stehen.
- Wir unterstützen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und partizipieren an ihr gemäß moralischer und zivilgesellschaftlicher Normen.

Der Landesjugendring Saar sucht mit allen demokratischen Parteien die inhaltliche Auseinandersetzung.

Von Parteien und Einzelpersonen, die diese Grundsätze ablehnen oder ihnen durch Worte und/oder Handlungen entgegenwirken, grenzt sich der Landesjugendring Saar kategorisch ab. Daher beteiligt sich der Landesjugendring Saar an Aktionen gegen rechtsextreme und populistische Parteien und Organisationen, wie z.B. an den Aktionen gegen den Bundesparteitag der NPD am 11. März in Saarbrücken.

*einstimmig beschlossen*